



# Schatten der Shoah und neue Perspektiven



VEREINIGUNG  
EHEMALIGER MITGLIEDER  
DES ABGEORDNETENHAUSES  
VON BERLIN e.V.



# Schatten der Shoah und neue Perspektiven

## **DAS DEUTSCH-JÜDISCHE VERHÄLTNIS AUF DEM PRÜFSTAND**

Festvortrag anlässlich der Jahreshauptversammlung der  
„Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Abgeordnetenhauses  
von Berlin e. V.“ am 8. Februar 2016 – Professor Julius Schoeps





In Vertretung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Herrn Ralf Wieland, begrüßte die **Vizepräsidentin FRAU SCHILLHANECK** Herrn Prof. Julius Schoeps und die Teilnehmer der Veranstaltung.

Sie verwies auf die Aktualität und Wichtigkeit der Behandlung des Themas „Die Schatten der Vergangenheit – Das deutsch-jüdische Verhältnis auf dem Prüfstand“ gerade jetzt in der Situation neuer Entwicklungen in Europa durch die Flüchtlings- bzw. Asylsituation sowie die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Politik der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und der Neuorientierung des europäischen Einigungsprozesses.

Niemand in Europa sei gerade in diesem Zusammenhang heute so qualifiziert und sachkundig in der Thematik der Deutsch-Israelischen Beziehungen wie Prof. Julius Schoeps, der Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam. Sie freue sich auf seine grundsätzlichen Ausführungen für die Beurteilung und Bewertung der Problematik der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen.

Die Vizepräsidentin dankte der VEMAB für die Durchführung der Veranstaltung gerade zu diesem Zeitpunkt des Wandels in Europa.



DR. ROLF-PETER LANGE

## VORWORT

Frau Vizepräsidentin Schillhaneck,  
sehr geehrter Herr Professor Schoeps,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,  
meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich begrüße Sie alle zu unser heutigen, ganz besonderen Informationsveranstaltung. Frau Vizepräsidentin Schillhaneck, wir freuen uns, dass Sie sich bereit erklärt haben, für das Abgeordnetenhaus von Berlin uns hier zu begrüßen und bedanken uns, dass Sie trotz ihrer zahlreichen Verpflichtungen sich die Zeit genommen haben, heute Abend als Gast unserer Veranstaltung beizuwohnen.

Es ist mir eine große Freude und zugleich auch Ehre unseren Ehrengast, Herrn Professor Julius Schoeps, einen der bedeutendsten deutschen Historiker und Politikwissenschaftler, bei uns begrüßen zu können und ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Professor Schoeps, dass sie sich spontan bereit erklärt haben, unserer Einladung zu folgen und uns heute für einen Vortrag zum Thema „Schatten der Shoah und neue Perspektiven – Das deutsch-jüdische Verhältnis auf dem Prüfstand“ zur Verfügung zu stehen. Professor Schoeps ist nicht nur Direktor des Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam, sondern auch Vorstandsvorsitzender der Moses Medelsohn Stiftung und war der erste Direktor und Mitbegründer des Salomon Ludwig Stenheim-Instituts. Herr Professor Schoeps, herzlich willkommen und schon jetzt vielen Dank dafür, dass wir Ihren Ausführungen zuhören dürfen.

Ich wünsche uns allen einen informativen und zugleich auch nachdenklichen Abend.

## **DR. ROLF-PETER LANGE**

Vorsitzender der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten (VEMAB)



PROF. JULIUS H. SCHOEPS

## FESTVORTRAG

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

während der letzten 25 Jahre hat sich in der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland viel Überraschendes getan. Die auffälligste Erscheinung dabei: Die jüdische Gemeinschaft ist – rein statistisch gesehen – seit der politischen Wiedervereinigung – enorm gewachsen, sie hat sich im Prinzip verdreifacht. Das bedarf zunächst wohl einiger erklärender Worte.

Gab es am Ende der 80er Jahre nur knapp 30.000 registrierte Mitglieder in den jüdischen Gemeinden, so verzeichnen wir heute mehr als 100.000. Hauptursache dafür ist der doch recht unerwartete Zuzug von Juden aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach 1990 – Menschen, die ihrer Heimat entschlossen den Rücken zukehrten und die Bundesrepublik Deutschland, oder sagen wir besser: Europa, einer Einwanderung nach Israel vorzogen.

Wir konnten in der Folge erleben, wie sich lokale Gemeinde stabilisierten, andere sogar neu entstanden. Bald mussten die ersten neuen Gemeindezentren und Gotteshäuser gebaut werden, es ging um den Bau von Kindergärten, Schulen und anderem mehr. Vor allem die 90er Jahre erlebten diese Dynamik. Und nicht nur die jüdischen Dachverbände, sondern auch große Teile der deutschen Politik und Öffentlichkeit haben das als Chance begriffen, als Herausforderung, einem jüdischen Neuanfang in diesem Land begleitend zur Seite zu stehen – auch wenn es eine deutsch-jüdische Blüte wie vor 1933 nicht mehr geben kann.

Von politischer und gesellschaftlicher Seite gab es viel Unterstützung – das ringt Respekt ab – und dank dieser Unterstützung gibt es heute eine recht moderne und vitale jüdische Infrastruktur, zumindest in größeren und mittleren Städten des Landes. Das hat eine Signalwirkung auf die nachfolgenden Generationen gehabt – und zum ersten Mal erleben wir in der deutschen Öffentlichkeit, wie vor allem junge Juden unbefangen, selbstbewusst, kritisch und selbstkritisch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Nur stellvertretend hier einige wenige Beispiele – wie etwa Wladimir Kaminer, Marina Weisband, Lena Gorelik und Sergey Lagodinsky – sie alle bereichern diesen Land, und wissen das Leben hier zu schätzen. Und – meine Damen und Herren – noch eine weitere, große Überraschung kündigt sich an: Vornehmlich in Berlin erleben wir einen wachsenden Zuzug von vorrangig jungen Israelis, die hier, im Herzen der Bundesrepublik, für länger – oder sogar für den Rest ihres Lebens –

verweilen möchten. So etwas wäre noch vor 20 Jahren völlig undenkbar gewesen. Wir konstatieren damit also, dass sich Jüdinnen und Juden mit unterschiedlichem Hintergrund in Deutschland nun richtiggehend einrichten – und nicht mehr auf den berühmten „gepackten Koffern“ sitzen. Sie haben Vertrauen zurück gewonnen in das einstige Land der Täter, und sie wollen dieses „neue Deutschland“ offensichtlich auch kreativ mitgestalten. Es ist eine Art späte, innere Ankunft.

Das ist die positive Nachricht.

Auf der anderen Seite erleben wir aber leider noch immer – oder auch wieder neu – dass sich bestimmte Unsicherheiten zwischen Juden und Nichtjuden in diesem Land verdichten können und es plötzlich zu Missverständnissen, Entfremdungen, manchmal auch Skandalen kommt.

Vor reichlich zehn Jahren hatten wir die unsägliche Affäre um den Bundestags-Abgeordneten Martin Hohmann, der sich in aller Öffentlichkeit mit der Frage „herumquälte“, ob denn die Juden „auch ein Tätervolk seien“. Auffällig war, dass eine ganze Reihe CDU-Abgeordneter damals partout nicht begreifen wollte, warum einer ihrer Kollegen, um im Fussballer-Jargon zu sprechen, die Rote Karte verpasst bekam. Allerdings ist das die Ausnahme. In der Regel ist es so, dass jemand etwas behaupten kann, dann erklärt, so hätte er es eigentlich nicht gemeint, er sei missverstanden worden und bittet, das zur Kenntnis zu nehmen.

Martin Hohmann war nicht der erste Politiker, der über eine Rede stolperte und nicht begreifen wollte, dass es ein Problem ist, wenn man nicht weiß, was man sagt und wie man etwas sagt. Die es betrifft, sehen das verständlicherweise anders. Als der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann wegen antisemitischer Äußerungen seine Fraktion verlassen musste, fühlte er sich ungerecht behandelt und sah nicht ein, dass er etwas falsch gemacht haben könnte. Seine exzessiven Attacken gegen den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon waren in merkwürdiger Weise kombiniert mit Angriffen auf den damaligen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, Michel Friedman. Über die Motive können wir nach Möllemanns tragischem Tod im Juni 2003 nur spekulieren. Bei den politischen Eliten erleben wir heute – abgesehen von einigen Bundestagsabgeordneten der LINKEN – exzessive Kritik an Israel eher selten. Umso mehr haben sich die Aversionen gegen den Jüdischen Staat aber in Teilen der Medien und auch unter Intellektuellen manifestiert, und die renommierte Berliner Linguistin Monika Schwarz-Friesel hat im vergangenen Jahr dazu sogar ein Buch herausgebracht: „Der gebildete Antisemitismus“.

Auch aus den beiden großen Kirchen kamen während der letzten Jahre einige Signale, die die jüdische Gemeinschaft eher beunruhigt haben. 2007 ließ ausgerechnet der deutschstämmige Papst Benedict XVI. die Karfreitagsbitte für die Juden „Pro conversione Judaeorum“ wieder zu, welche schon im 6. Jahrhundert entstanden war und seinerzeit den Glauben der Juden als *iudaica perfidia* („jüdi-

sche Treulosigkeit“) bezeichnete.<sup>1</sup> Benedict XVI. erleichterte die Wiedereinführung des Gebetes – wenn auch in etwas moderater gehaltenem Ton – um damit katholischen Traditionalisten entgegenzukommen. Ein weiterer schwerer Rückschlag für die katholisch-jüdischen Beziehungen war die Entscheidung des Papstes vom Januar 2009, für vier Bischöfe der erzkonservativen Piusbruderschaft die Exkommunikation aufzuheben. Einer ihrer exponierten Vertreter, der gebürtige Brite Richard Williamson, ist als notorischer Holocaustleugner bekannt.

In Teilen der evangelischen Kirche lässt sich ihrerseits der Trend beobachten, die heutige israelische Politik gegenüber den Palästinensern scharf zu kritisieren, dabei aber gleichwohl das Kind mit dem Bade auszuschütten. So schrieb der evangelische Pfarrer Jochen Vollmer in einem Text der Augustausgabe 2011 des *Deutschen Pfarrerberlattes*: „Wir, Christen in Deutschland, können unsere unsägliche Schuld gegenüber der Judenheit nicht dadurch theologisch kompensieren, dass wir nun in der staatlichen Verfasstheit des Volkes Israel ein Zeichen der Treue Gottes sehen, das seinerseits Hunderttausende unschuldige Menschen zu Opfern gemacht hat und noch immer macht.“<sup>2</sup> An anderer Stelle schrieb Vollmer: „Das Judentum ist in sich tief gespalten. Die einen sind bereit, um des Landes willen Menschen zu opfern.“<sup>3</sup> (sic.!) Dort, wo sich der Autor mit historischen Entwicklungslinien in Israel/Palästina beschäftigte, verstieg er sich schließlich zu dem auch geschichtswissenschaftlich inkorrekten Satz: „Zionisten haben palästinensisches Land in Besitz genommen und geraubt mit dem Ziel, einen jüdischen Staat zu errichten.“<sup>4</sup> Wie bei Teilen der Linken<sup>5</sup> wird hier eine Haltung deutlich, die Israel im Nahostkonflikt vehement kritisiert und auf der anderen Seiten die Existenzsorgen des Jüdischen Staates – ob bewusst oder unbewusst – ausblendet. Es mag dahingestellt sein, welche Motive hinter derartigen protestantischen Streitschriften wie auch in das Judentum tendenziell abwertenden theologischen Erklärungen stehen und wie mehrheitsfähig sie bei gläubigen Christen heute tatsächlich sind. Ein Grund zur Beruhigung sind sie jedenfalls nicht.

Was steckt nun tatsächlich hinter jüngeren Entgleisungen und Ausfällen von Theologen, Intellektuellen und anderen Multiplikatoren in Richtung Judentum oder

- 1 Vgl. Micha Brumlik, Der katholische Antijudaismus ist wiederauferstanden. Papst Benedict XVI. und ein Freitagsgebet. HaGail Onlin, 30. März 2008 <http://www.hagalil.com/archiv/2008/03/katholisch.htm> (eingesehen am 14.10.2011)
- 2 Jochen Vollmer, Vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker. Der Israel-Palästina-Konflikt und die Befreiung der Theologie. In: Deutsches Pfarrerberlatt, Heft 8/2011. <http://pfarrerverband.medio.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3030> (eingesehen am 14.10.2011)
- 3 Ebd., <http://pfarrerverband.medio.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3030> (eingesehen am 14.10.2011)
- 4 Ebd. <http://pfarrerverband.medio.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3030> (eingesehen am 14.10.2011) Unter anderem unterschlägt der Autor hier komplett den umfangreichen Kauf von Land in der osmanisch regierten Provinz Palästina durch den Jüdischen Nationalfond.
- 5 Vgl. Samuel Salzborn / Sebastian Vogt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit. In: Zeitschrift für Politik, 58. Jg., 3/2011, S. 290-309.

Israel? Sind es nur späte Verwirrungen wie vielleicht bei Günter Grass oder journalistische Eitelkeiten wie vielleicht bei Jakob Augstein? Mein eigenes Gefühl sagt mir, dass eine wesentliche Ursache die offenbar noch immer unbewältigte Auseinandersetzung mit der Shoah ist.

Wir alle wissen, dass es rational nur schwer nachzuvollziehen beziehungsweise zu begreifen ist, was sich in den Jahren der NS-Schreckensherrschaft tatsächlich ereignet hat. Der Versuch „verstehen“ zu wollen, stößt an gedankliche und sprachliche Grenzen. Deutlich wird das beispielsweise bei den jährlich sich wiederholenden Veranstaltungen, die zum Gedenken an die Pogromnacht 1938 organisiert werden. Wer einmal eine derartige Veranstaltung besucht hat, weiß, wie schwer es manchem Redner fällt, am Pult zu stehen und über etwas zu reden, was nur schwer zu erklären ist.

Häufig kommt es bei solchen Gelegenheiten, meist ungewollt, zu sprachlichen Entgleisungen. Wer kennt beispielsweise nicht die stereotype Rede von unseren ach so geschätzten jüdischen „Mit“-Bürgern, eine Bezeichnung, die in den Ohren von Juden geradezu beleidigend wirkt. Bei einem Katholiken oder Protestanten würde man nicht auf die Idee kommen, von einem „Mit“-Bürger zu sprechen. Oder man denke an Ansprachen von Politikern, in denen von Israelis gesprochen, aber Juden gemeint sind. Wird der Betreffende darauf aufmerksam gemacht, dass er zwischen Israelis und Juden unterscheiden müsse, dass das eine nur sehr bedingt mit dem anderen zu tun habe, versteht er nicht, wovon gesprochen wird.

Was in der Zeit des Nationalsozialismus geschah, ist bis heute mental nicht oder nur zum Teil aufgearbeitet. Und das belastende Gefühl, dass etwas nach wie vor nicht stimmt, treibt viele Menschen weiterhin um. Kann man mit Hilfe des Wiederaufbaus von Synagogen, dem Bau jüdischer Museen oder der Schaffung von Gedenkstätten, Geschehenes ungeschehen machen? Ganz sicher nicht. Aber die Hoffnung, dass man es kann, bestimmt das Denken vieler.

Auffallend ist, dass im Unterschied zu Israel oder den Vereinigten Staaten bei öffentlichen Debatten um jüdische Themen hier lebende Juden häufig nur eine periphere Rolle spielen. Bei genauerem Hinsehen zeigt es sich, dass es am Ende doch nur um die Befindlichkeit der Nicht-Juden geht, der Täter-Nachkommen also, die sich vielfach in dieser Rolle unwohl fühlen. Wie wir mittlerweile wissen, ist es gar nicht so selten, dass sich Täter-Nachkommen ihrer Herkunft schämen. Das ist nachvollziehbar, zumal wenn man berücksichtigt, dass die Nichtverarbeitung der NS-Vergangenheit auch bei dem Einen oder Anderen psychische Leiden zur Folge haben. Diese Leiden können, wie an konkreten Beispielen belegt werden kann, sich zu veritablen Krankheitsbildern auswachsen.

Wer sich zum Beispiel die jahrelangen quälenden Auseinandersetzungen um das Berliner „Holocaust“-Mahnmal vergegenwärtigt hat, dem wird bewusst, dass nicht

Ausgesprochenes eine Debatte belasten kann. So erweckten die Initiatoren des Projektes den Eindruck, als ob sie vor allem deshalb der sechs Millionen Ermordeter gedenken wollten, weil sie sich für etwas schuldig fühlen, was nicht in ihrer, sondern in der Verantwortung ihrer Väter und Großväter lag.<sup>6</sup> Das nicht Ausgesprochene also, die Unfähigkeit den Sachverhalt zu erklären, *wer gedenkt wessen, wie und zu welchem Zweck*, kann Probleme schaffen. So auch in dem Fall als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass eine Tochterfirma des Chemiekonzerns Degussa damit beauftragt worden war, die Eisenmann-Stelen in den Ministergärten mit einem Anti-Graffiti Schutzbelag zu versehen. Als das durchsickerte, kam es in den Medien zu heftigen Reaktionen.

Die einen empörten sich, sagten, was für eine unglaubliche Geschmacklosigkeit, ausgerechnet gerade jene Firma zu beauftragen, die einst das Giftgas Zyklon B lieferte, mit dem in den Vernichtungslagern Millionen von Juden ermordet wurden; die anderen wiegelten ab, meinten, was soll schon sein, die Degussa von heute ist doch nicht mehr die Degussa von gestern. Man müsse doch das Bemühen der Firma anerkennen, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Dass sich der Degussa-Konzern seiner historischen Verantwortung bewusst ist, könne man im Übrigen schon daran erkennen, dass seitens des Konzerns erhebliche Zahlungen für den Entschädigungsfond für NS-Zwangsarbeiter geleistet worden seien.

Im Verlauf der Degussa-Debatte verfestigte sich der Eindruck, dass die für das Projekt Verantwortlichen die Dimension des Problems unterschätzt haben. Die Entscheidung des Stiftungskuratoriums an Degussa festzuhalten, wird man akzeptieren müssen, doch bleibt ein bitterer Nachgeschmack, denn der Verdacht steht im Raum, dass man sich nur deshalb für Degussa entschied, weil sonst weitere Kosten auf das Projekt zugekommen wären. Das war wohl das ausschlaggebende Argument in der Sitzung des Stiftungskuratoriums, in dem beschlossen wurde, an dem einmal erteilten Zuschlag festzuhalten.

Zu diesem Zeitpunkt war es letztendlich gleichgültig, ob die Degussa den Anti-Graffitienschutzbelag lieferte oder ob eine andere nicht belastete Firma, dem Auftrag bekam. Erörterungsbedürftig war einzig und allein die Tatsache, dass in Deutschland ein Mahn-/Denkmal im Bau war, bei dem in gespenstischer Weise schon im Vorfeld darüber nachgedacht wurde, wie es vor Attacken Rechtsradikaler und anderer Wirrköpfe geschützt werden kann.

Keineswegs möchte ich an dieser Stelle der nichtjüdischen deutschen Gedenkkultur einen permanenten Selbstzweck unterstellen. Viele Gedenkveranstaltungen,

6 Vgl. Julius H. Schoeps, Die Last der Geschichte. Nationalsozialismus und Judenmord in der Erinnerung der Deutschen (dargestellt und analysiert am Beispiel der Debatten um das Berliner Holocaust-Denkmal, in: „Du Doppelgänger, Du bleicher Geselle ...“. Deutsch-jüdische Erfahrungen im Spiegel dreier Jahrhunderte 1700-2000, Berlin 2004, S. 297 ff.

heutzutage vor allem auch am 27. Januar – dem Tag der Befreiung von Auschwitz durch die sowjetische Armee – bieten Plattformen und Möglichkeiten, wo sich Nichtjuden und Juden in diesem Land auf neue Weise begegnen und ihre jeweiligen Beschwerden auch gegenseitig artikulieren.

Doch unbesehen der Mühen und Schwierigkeiten, die es noch gibt, gemeinsam mit der Geschichte dieses Landes fertig zu werden, bedrücken die jüdische Gemeinschaft in Deutschland mittlerweile noch einige andere, neuere, irritierende Trends und Erscheinungen. Zunehmend beschäftigt uns beispielsweise eine neue Variante der Judenfeindschaft, die zu tun hat mit dem Nahost-Konflikt und dessen Auswirkungen. In Deutschland, Österreich und einigen anderen EU-Staaten sehen große Bevölkerungsmehrheiten in Israel nicht nur eine regionale Gefahr, sondern sogar die Hauptbedrohung für den Weltfrieden. In einer EU-Umfrage vor einigen Jahren waren das sogar mehr als 60 Prozent.

Daneben setzt eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland das Verhalten Israels gegenüber „den Palästinensern“ demjenigen von Hitlerdeutschland gegenüber den Juden gleich. Und ein weiteres Umfrageergebnis ergab, dass nur 30% der deutschen Bevölkerung der Auffassung sind, dass Israel die Menschenrechte achte.

Sorgen macht mir und anderen in diesem Zusammenhang die deutsche Medienberichterstattung,<sup>7</sup> insbesondere die Berichterstattung im gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Das lässt sich beinahe ständig erleben, wenn es zu einem weiteren Waffengang zwischen der israelischen Armee und der in Gaza regierenden, stetig provozierenden radikal-islamistischen Hamas kommt. Dominierend sind dann Kommentare, die erklärten, die Bewohner von Gaza hätten keine Möglichkeit der Gewalt auszuweichen, womit umgekehrt suggeriert wird, die Bewohner der häufig zuerst mit Raketen beschossenen israelischen Städte Beer Scheva, Ashdot oder Aschkelons hätten diese Möglichkeit.

Auf deutschen Straßen und Plätzen kommt es immer wieder zu Protestdemonstrationen, auf denen israelische Flaggen in Brand gesetzt, „Israel raus“, „Israel Kindermörder“ und „Tod den Juden“ gerufen wird. Kaum jemand regt sich darüber sonderlich auf, dass beispielsweise Hamas-Anhängerinnen öffentlich erklären, sie wollten sich unter die „Schweine“ und „Affen“ begeben – gemeint sind damit wohlgerne nicht die Ungläubigen sondern expressis verbis die Juden –, um sich mit ihnen in die Luft zu sprengen. Was sie sich von solchen Aktionen versprechen? Die Befreiung vom vermeintlichen Erzfeind? Oder Selbstbefreiung und den sofortigen Eingang ins Paradies? Auf plausible Erklärungsmuster können wir wohl nur hoffen.

7 Vgl. Deutsche Medien und der Nahostkonflikt, in: Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, hrsg. von Klaus Faber, Julius H. Schoeps und Sachs Stawski, Berlin 2006, S. 17 ff.



DENKMAL FÜR DIE ERMORDETEN JUDEN EUROPAS

Spitzenpolitiker haben die israel- und judenfeindlichen Entgleisungen auf deutschen Straßen im Sommer 2014 während des letzten Gaza-Krieges zwar verurteilt, an anderen Stellen blieb ihre Distanzierung aber eher zurückhaltend – oder antisemitische Vorfälle blieben einfach unbeachtet.

Auffallend ist übrigens auch, dass es kaum Reaktionen auf die fortbestehenden judenfeindlichen Attacken aus dem Iran gibt. Dort werden nicht nur die „Protokolle der Weise von Zion“ regelmäßig neu aufgelegt, sondern auch die Zerstörung Israels gefordert. Ali Chamenei, der oberste geistliche Führer, bezeichnet Israel als ein „Krebsgeschwür“ und sieht die Lösung für das Nahostproblem „in der „Zerstörung und Vernichtung des jüdischen Staates“.

Und während nun – nach dem so genannten „Atomdeal“ und folgenden Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen den Iran – auch deutsche Politiker und Wirtschaftsexperten in Teheran Schlange stehen, wird dort, man mag es nicht glauben, gerade wieder ein neuer Wettbewerb über die besten Holocaust-Karikaturen ausgelobt. Dem Vernehmen nach wird bei der neuen Ausschreibung mit einem Preisgeld in Höhe von einigen Zehntausend Dollar gelockt.

Aber nicht immer haben die Verunsicherungen, die zumindest Teile der jüdischen Gemeinschaft in diesem Lande erfassen, mit exzessiver Israelfeindschaft zu tun – manchmal kommen auch Dinge an die Oberfläche, die wir eigentlich als längst überwunden betrachtet haben. So beispielsweise 2012 der Generalangriff auf einen ganz wichtigen Bestandteil der jüdischen Tradition und Religionspraxis, die Beschneidung jüdischer Knaben in den ersten Tagen nach ihrer Geburt. Es ist dem damaligen Bundestag und nicht zuletzt auch Kanzlerin Angela Merkel hoch anzurechnen, dass sie sehr rasch – und noch im gleichen Jahr – zu einer Regelung fanden, die die Beschneidung auch weiterhin als elementaren Bestandteil der jüdischen Religion schützt. Im anderen Falle, so meine Befürchtungen, und es gab deutliche Anzeichen dafür, wäre ein erneuter „Exodus“ von Juden aus Deutschland nicht ausgeschlossen gewesen.

Meine Damen und Herren, die beschriebenen Vorfälle und Probleme sind natürlich nicht mit einer offenen Judenfeindschaft vergleichbar, wie man sie leider auch heute in vielen Ländern der Erde erleben kann, durchaus auch in der westlichen Hemisphäre. Aber natürlich würde sich die jüdische Gemeinschaft häufiger klare Verurteilungen und Positionierungen aus der Politik heraus wünschen, wenn sich wieder einmal alt-neuer Antisemitismus geriert und die hier lebenden Juden und Jüdinnen psychologisch unter Druck setzt.

Schlussendlich wäre meine allgemeine Bestandsaufnahme von Problemen nicht wirklich vollständig, würde ich nicht auf ein Problem hinweisen, das uns vermutlich auch gesamtgesellschaftlich noch stark beschäftigen wird. Viele Indizien sprechen dafür, dass parallel mit dem Anstieg der muslimischen Einwanderung auch der

Antisemitismus wieder an Fahrt gewinnen wird. Das ist eine neue Entwicklung, die wir sorgsam beobachten und der wir uns stellen müssen. Niemand, auch in der jüdischen Gemeinschaft niemand, ist daran interessiert, in Panik zu verfallen ob der gegenwärtigen, riesigen Flüchtlingswelle nach Deutschland in so kurzer Zeit.

Wie sie wissen, meine Damen und Herren, kommt ein Großteil der Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Mittleren Osten. In diesen Regionen – so hat eine internationale Umfrage aus dem Jahre 2014 (ADL) ermittelt – hegen etwa drei Viertel der Bevölkerung manifeste antisemitische Vorurteile. Das heißt nicht zwangsläufig, dass sich daraus unlösbare Probleme im Zusammenleben ergeben müssen – genauso wie es uns gemeinsam gelingen muss, bei vielen der neuen Flüchtlinge überhaupt erst eine Sensibilisierung und Akzeptanz für westliche Grundwerte, Demokratie und Toleranz zu erreichen.

Aber es wäre umgedreht, denke ich, falsch und gefährlich, wenn wir uns den bisherigen Befunden verschließen. Und wenn – um ein konkretes Berliner Beispiel zu benennen – die Fußballer von TuS Makkabi Berlin immer wieder einmal erleben müssen, dass ihr Punktspiel abgebrochen werden muss, weil entweder die gegnerische Mannschaft oder das Publikum in antijüdischen Parolen und Drohungen entgleisen, dann ist das, denke ich, ein Alarmsignal, das uns zum Handeln zwingt.

Aber noch einmal zurück zum deutsch-jüdischen Verhältnis: Was hat der Nahostkonflikt mit dem Antisemitismus in Deutschland zu tun? Fest steht, dass die Melange antijüdischer Stereotype, die sich heute zum einen aus tradierten Vorurteilsbildern der christlich-europäischen Judenfeindschaft zum anderen aus judenfeindlichen Mythen der islamischen Welt zusammensetzt, zu einem hochexplosiven Gebräu geworden ist. Ob es zu einer Explosion kommen wird? Niemand weiß es. Möglich ist alles.

Und damit, meine Damen und Herren, sind wir in der unmittelbaren Gegenwart. Eine überraschend große Zahl an Juden – und sogar an Israelis – will heute dauerhaft in Deutschland leben. Eine große Zahl an Muslimen will dies auch. Und die nichtjüdische deutsche Mehrheitsgesellschaft will und muss zu sich selbst finden, mit Blick in die Vergangenheit, aber natürlich auch nach vorn. Die deutsche Gesellschaft steht vor gigantischen Herausforderungen bei der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen und ganz genauso beim Schutz und harmonischen Zusammenleben mit Minderheiten – einschließlich der jüdischen. Und das, scheint mir, ist nun der eigentlich Prüfstand für das künftige deutsch-jüdische Verhältnis.

Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin

Vorsitzender: Dr. Rolf-Peter Lange

Stellvertretende Vorsitzende: Nikolaus Sander und Heinz-Viktor Simon

Geschäftsführung: Gunhild Schaeffer-Dohrmann

Schriftführerin: Marion Kittelmann

Schatzmeister: Gerhard Bubel

Beisitzer: Gisela Greiner, Axel Kammholz, Dr. Reinhard Klein,  
Cordula Kollotschek, Rudolf Kujath, Alfred-Mario Molter, Christa Müller,  
Norbert Pewestorff, Jürgen Radebold

Kassenprüfer: Erwin Loßmann und Christel Powierski

Redaktion:

Gunhild Schaeffer-Dohrmann

Bildnachweis:

Titel – fotolia © stedah

Innenteil

Dr. Rolf-Peter Lange: Gerhard Neumann, Berlin

Anja Schillhaneck, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

im Abgeordnetenhaus von Berlin: Daniel Kause

Prof. Julius Schoeps: Beatrice Schubert

Denkmal für die ermordeten Juden Europas: fotolia © joachimplehn

Gestaltung:

Goscha Nowak

Herstellung:

Flyeralarm

1. Auflage 2016





VEREINIGUNG  
EHEMALIGER MITGLIEDER  
DES ABGEORDNETENHAUSES  
VON BERLIN e.V.